

SPD NIEDERSACHSEN Vorwärts

einwärts: Schule in Niedersachsen – Besser gemeinsam

Niedersachsen-SPD stellt ihren Bildungsprogramm-Entwurf zur Diskussion

VON GARRELT DUIN, VORSITZENDER
DER NIEDERSACHSEN-SPD

Dass sich Niedersachsens Landesregierung in den mittlerweile drei Jahren ihres Handelns einen hohen Spaßfaktor erworben hätte, würden selbst wohlgesonnene Beobachter nicht behaupten wollen. Da mutet es fast komisch an, dass Ministerpräsident Christian Wulff als oberster Narr des Landes mit dem Goldenen Spatzen ausgezeichnet worden ist, aber eben nur fast. Herr Wulff sitzt einem Kabinett vor, in dem drei Männer den Narhalla-Marsch der Falken vorgeben: Stratmann, Busemann und Schünemann.

Wissenschaftsminister Lutz Stratmann etwa zeichnete verantwortlich für eine Studiengebührenregelung, die vom Braunschweiger Verwaltungsgericht als rechtswidrig beurteilt wurde und beging den wohl schlimmsten Fauxpas im Rechtsstaat: Er beschimpfte das Gericht. Kultusminister Bernd Busemann brauchte etliche Trainingseinheiten, um endlich die ohnehin zweifelhafte »Fitness-Landkarte« für Niedersachsens Schülerinnen und Schüler. Innenminister Uwe Schünemann schließlich sah im anstehenden fröhlichen Fußballfest einen Fall für forcierte Terrorismus-Bekämpfung, sprach sich für den Wettkampfeinsatz der Bundeswehr aus und bekam verfassungsrechtlich gelb.

Zurück zum närrisch dekorierten Christian Wulff, dem der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach. Die hätte angesichts der Falken in seinem Kabinett ohnehin keine Chance.

Kühlen Kopf für die närrischen Tage wünscht der NIEDERSACHSEN-vorwärts. ■ lopo

Wir stehen vor großen Herausforderungen in der Bildungslandschaft. PISA, TIMMS, IGLU und andere internationale Studien zur Bildungspolitik haben dies deutlich gezeigt. Die SPD in Niedersachsen hat mit ihrem Konzept »Zukunft der Bildung« nun ihre Ideen aufgezeigt, mit denen sie das Bildungssystem erfolgreich weiterentwickeln will. Wir wollen bessere Bildung und mehr Chancen für alle.

Wir wollen Antworten auf die Herausforderungen geben: Bildung darf sich nicht mehr ausschließlich auf die klassische Schulzeit beziehen, sondern muss alle Lebensphasen umfassen. Das Prinzip des individuellen Forderns und Förderns muss sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bildungsweg ziehen – von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorbildung.

So früh wie möglich...

Die Chancen eines jeden Menschen werden ganz wesentlich in den ersten Lebensjahren beeinflusst. Hier wird der Grundstein für den weiteren Bildungsweg gelegt. In dieser wichtigen Lernphase setzt unser Bildungskonzept an. Kinder sollen erfolgreich starten! Mit zunächst 50 Familien-



SPD-Bildungsziel: Die beste Bildung für alle!

zentren in Niedersachsen wollen wir ab 2008 hierfür die Voraussetzungen schaffen. Die Dienste von Kinderärzten, Jugend- und Sozialämtern sowie nicht-staatlichen Einrichtungen, wie Kunst- und Musikschulen, werden gebündelt und auf die Anforderungen der Eltern und Kinder ausgerichtet. Unser Ziel ist, endlich alle Kinder in den Kindergarten zu bekommen: Deswegen werden wir ab 2008 das erste Kindergartenjahr gebührenfrei stellen. Bis 2018 soll die komplette Gebührenfreiheit erreicht sein.

Die »Beste Bildung« für alle!

Die Anforderungen an die Bildungspolitik sind enorm: Wirtschaft und Handwerk wollen eine gute Qualifikation und eine hohe Leistungsbereitschaft der Schul-

abgänger. Die Hochschulen wollen studierfähige Abiturienten. Die Eltern und Schüler erwarten einen guten und verlässlichen Unterricht, die Lehrer selbst verdienen Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit. Diesen Anforderungen kann und muss man gerecht werden. Bildung, Schule und Hochschule dürfen nicht zu einer »Brötchenfabrik« verkommen, aus der möglichst schnell, früh und marktgerecht die »Ware« herauskommt.

Kinder sind verschieden – darauf müssen wir im Schulsystem reagieren. Wir brauchen Freiräume, damit Hinwendungen auf das einzelne Kind, den einzelnen jungen Menschen mit seinem Wert und seiner Würde möglich sind. Wir wollen die Schule der Zukunft! Alle Bildungsstudien belegen:

Gemeinsame Beschulung führt zu mehr Erfolg. Mit der »Gemeinsamen Schule« wollen wir nach der Landtagswahl ermöglichen, dass dort – wo die Eltern dies wünschen – die Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. So ist für jedes Kind die beste Bildung gesichert. Die Schwächen der Kinder werden abgebaut, die Stärken gefördert. Wir sind von der Idee der »Gemeinsamen Schule« überzeugt und wollen die Menschen auf dem Weg dahin mitnehmen und sie entscheiden lassen. Verordnungen von oben wird es mit der SPD nicht geben.

Offener Dialog bis zum Parteitag

Die Projektgruppe »Zukunft der Bildung« unter Leitung von Wolfgang Wulff hat in knapp 18 Monaten eine gute Vorlage für den jetzigen Beschluss des SPD-Landesvorstandes erarbeitet. Über 100 Experten waren an der Diskussion beteiligt. Doch die Debatte ist noch nicht zu Ende: Bis zum Parteitag am 10. Juni in Wolfenbüttel wollen wir mit der Öffentlichkeit, den Fachleuten, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, Schülern, Lehrern, Eltern und Schulträgern über unsere Ideen reden und neue Impulse aufnehmen. Gemeinsam wollen wir das Beste für Niedersachsen erreichen. ■

Für ein soziales europäisches Dienstleistungsrecht

Das Europäische Parlament hat sich am 17. April in erster Lesung über den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt für einen von der Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt ausgehandelten Kompromiss ausgesprochen. »Ich bin froh, dass wir hiermit eine Lösung gefunden haben, die die Öffnung des Dienstleistungsmarktes in Europa ermöglicht und gleichzeitig das Europäische Sozialmodell bewahrt«,

stellte der niedersächsische Europaabgeordnete Matthias Groote (SPD) nach der Abstimmung erleichtert fest. »Wir haben es heute geschafft die Richtlinie zur Regelung der Dienstleistungen in der EU wieder auf den richtigen Weg zu bringen, nämlich weg von einem neoliberalen Ansatz hin zu der Gewährleistung der sozialen Rechte! Das Herkunftslandprinzip ist raus und durch den Marktzugang ohne Diskriminierung ersetzt worden.« »Die sozialdemokratische Frak-

tion hat sich darüber hinaus erfolgreich für die Ausnahme des Arbeitsrechts vom Anwendungsgebiet der Richtlinie eingesetzt. Durch den Kompromiss werden die Rechte der Arbeitnehmer, aber auch der Umwelt- und Verbraucherschutz in den Mitgliedsstaaten weiterhin respektiert. Die bereits existierenden Entsenderichtlinien und Arbeitszeitrichtlinien werden nicht berührt und der Gesundheitsbereich, Transportdienstleistungen, soziale Dienstleistungen, Zeitarbeitsfirmen und

Sicherheitsdienste bleiben von der Richtlinie ausgenommen. Das ist ein enormer Schritt vorwärts!«

»Wir müssen nun auf diesen Erfolg aufbauen und in der zweiten Lesung darauf achten, dass die Rechte der Arbeitnehmer und der Verbraucher auch erhalten bleiben. Jetzt muss die Kommission den nächsten Schritt machen und die Abstimmung im Parlament in ihrem überarbeiteten Vorschlag aufnehmen«, so Matthias Groote abschließend. ■

Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Pleiten, Pech und Pannen

Niedersachsens Kultusminister Lutz Stratmann glänzt mit gerichtlich bescheinigter Inkompetenz

VON GABRIELE ANDRETTA

Wissenschaftsminister Lutz Stratmann kann's nicht. Das ist das Fazit der vergangenen Wochen. Dass der CDU-Politiker aus Oldenburg sich gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen kann und den Hochschulen das brutalste Kürzungsprogramm in der Geschichte Niedersachsens verordnet hat, ist fast schon vergessen. Aber dass der Minister noch nicht einmal in der Lage ist, Gesetze so durch den Landtag zu bringen, dass Hochschulen und Studierende Rechtssicherheit haben – das war für viele dann doch eine Überraschung.

Die Vorgeschichte: Im Januar vergangenen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht das von der rot-grünen Bundestagsmehrheit beschlossene Studiengebührenverbot gekippt. Er wolle nun als erster deutscher Wissenschaftsminister Studiengebühren in Niedersachsen einführen,

erklärte Herr Stratmann schneidig, das Konzept habe er quasi schon in der Schublade. Monatelang blieb seine Schublade verschlossen. Weder die Hochschulen, mit denen er gerade über die nächste Kürzungsrunde – jetzt »Zukunftsvertrag« genannt – verhandelte, noch die Studierenden erfuhren, wie die Studiengebühren ausgestaltet werden sollten.

Im Oktober 2005 musste dann alles ganz schnell gehen. Ohne Anhörung der Hochschulen, ohne vernünftige Beratung in den Ausschüssen wurde ein Studiengebühren-Gesetz durch den Landtag gepeitscht. Die Bedenken der unabhängigen Landtagsjuristen gegen den engen Zeitplan schlug Herr Stratmann, selbst Jurist, in den Wind. Das hätte er besser nicht getan. Denn am 1. Februar entschied das Verwaltungsgericht Braunschweig unmissverständlich: Für die Erhebung der schon vor Jahren eingeführten Langzeitstu-

diengebühren im kommenden Sommersemester fehlt die Rechtsgrundlage. In dem Beratungschaos im Winter 2005 waren die entscheidenden Paragrafen schlicht außer Kraft gesetzt worden – eine beispiellose Panne für den Wissenschaftsminister und die Regierungsfractionen.

Während Herr Stratmann auf einer mehrtägigen Auslandsreise weilte, machte sein Ministerium alles noch schlimmer: Statt den eigenen Fehler wenigstens einzugestehen, wurde die Verantwortung erst auf Unbeteiligte abgeschoben und dann das Gericht beschimpft.

Das wurde dann selbst dem sonst eigentlich nicht heißblütigen Gerichtspräsidenten zu viel: In einem Brief forderte er den sichtlich überforderten Wissenschaftsminister auf, sich von der Justizschelte seines eigenen Ministeriums zu distanzieren. Die Justizministerin musste schließlich dafür sorgen, dass ihr Kabinettskollege aufhört, ein unabhängiges Gericht zu beschimpfen.

Jetzt wollen CDU und FDP – wiederum ohne ausreichende Beratungszeit – mit einer Gesetzesänderung die fehlende Rechtsgrundlage für die Langzeitstudiengebühren einführen. Die Gebühren sollen erhoben werden, obwohl die Studierenden sich längst für das Sommersemester eingeschrieben haben. »Rückwirkung« nennen so etwas Juristen, und das ist eigentlich verfassungswidrig. Es kann also gut sein, dass der studierte Jurist Stratmann noch einmal von einem Gericht bescheinigt bekommt: Er kann's nicht. ■



Die Göttinger SPD ist bei der Mitgliederentwicklung weiter auf Erfolgskurs. Das eintausendste SPD-Mitglied heißt **Marie-Christine Reinert**, ist Schülerin an der IGS Göttingen und Mitglied des Ortsvereins Weende. In einer feierlichen Zeremonie bekam sie von der Stadtverbandsvorsitzenden **Gabi Andretta** das SPD-Parteibuch, ein Buch über die 130-jährige Geschichte der SPD Göttingen und einen Blumenstrauß überreicht. ■

Frauenpreis 2005

Zum 17. Mal stiften weibliche Bundestags-, Landtags- und Europa-Abgeordnete aus Niedersachsen, sowie einige Kommunalpolitikerinnen einen Niedersächsischen SPD-Frauenpreis, der mit insgesamt 3.000 Euro ausgestattet ist. Damit sollen Frauen geehrt werden, die einen mutigen oder herausragenden gesellschafts-

politischen Beitrag geleistet haben. Bewerben können sich einzelne Frauen und Frauengruppen aus Niedersachsen mit Beiträgen aus kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen. Besonderes Engagement im Betrieb, der Schule oder Universität, am Schreib-

tisch oder im Ehrenamt aber natürlich auch in der Politik können dabei Hintergrund des Antrags sein.

Vorschläge können bis zum 1. April 2006 bei den örtlichen Parlamentarierinnen oder beim SPD Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover eingereicht werden. ■

Für uns im Landtag

Alice Graschtat



Alice Graschtat

Wenn sie nicht gerade im Niedersächsischen Landtag tätig ist, dreht sie Runden um die Osnabrücker Wiesen, Seen und Wälder, steht auf der Gerade oder sitzt auch schon mal gerne in der dritten Reihe. Das allerdings wird nur hingenommen, wenn der Boss die Bühne beherrscht. Für die Osnabrücker Landtagsabgeordnete **Alice Graschtat** ist Bruce Springsteen der Größte. Seine Devise ist auch die ihre: »Dancing in the Dark«.

Politisch strebt die Fabrikarbeitertochter eher zu Sonne und Freiheit. 1952 im Solling Dorf Polier geboren, durchlief Alice Graschtat vier Jahre lang die dorttypische einklassige Volksschule, bekam die Chance auf die Realschule zu gehen und begann ihr Berufsleben 1969 mit einem Verwaltungspraktikum bei der Bezirksregierung in Hannover. Dort absolvierte sie bis 1972 eine Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst der Landesverwaltung.

Unterbrochen nur von Kinderzeiten hat Alice Graschtat bis zu ihrer Wahl in den Niedersächsischen Landtag im Landesdienst gearbeitet, zuletzt als Dezernentin im Bereich Lehrpersonalien bei der Bezirksregierung Weser-Ems.

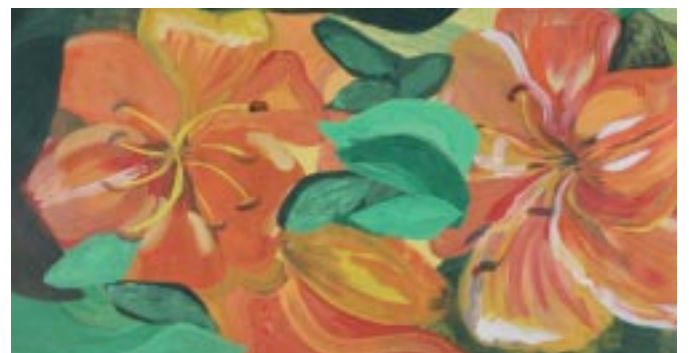
Beindruckt von Willy Brandts Reform- und Friedenspolitik fand Alice Graschtat schon 1969 zur Sozialdemokratie, engagierte sich in ihrem Ortsverein und wurde 1986 in den Rat der Stadt Osnabrück gewählt, dem sie bis heute angehört. Allerdings nicht mehr, wie seit 1991, als Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion.

Ihre ersten politischen Erfahrungen sammelte Alice Graschtat als Aktivistin bei Amnesty International und Elternrätin. Das war offenbar prägend, denn im Landtag ist sie Mitglied des Wissenschafts- und Kulturausschusses und im Kultusausschuss mit allen Fragen des Schulwesens befasst.

Noch Fragen? Ihre Runden dreht die leidenschaftliche Radfahrerin Alice Graschtat auf Laufschuhen und ihren Stehplatz hat sie bei Wind und Wetter auf der Gegengerade des Osnabrücker Stadions an der Bremer Brücke, wenn der VfL ein Heimspiel hat.

Mehr Anregungen, vor allem leckere, bietet die begeisterte Köchin Alice Graschtat auf ihren neugestalteten Seiten im Internet. Dort findet sich jeden Monat ein aktuelles selbst kreiertes Rezept und ein Kochbuch unter

www.alice-graschtat.de



»Selbst Aktiv – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD« hat eine Ausstellung zusammengestellt, die vom 5. März bis zum 17. April im Landesmuseum Braunschweig zu sehen ist. »Aufbruch – Menschen mit Behinderungen zeigen ihr kreatives Potenzial« stellt Kunstobjekte vor, die Geschichten erzählen: Geschichten die Mut machen sollen wie die Blumenkomposition von **Ilona Schimpf**. Eröffnet wird die Ausstellung, die überwiegend von Menschen mit Behinderung erdacht und realisiert worden ist, am 5. März von Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel**. Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, **Monika Griefahn** wird einen einführenden Vortrag zum Thema »Kultur für alle« halten. ■

60. Parteitag des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen am 22. April 2006 in Cuxhaven (Kurparkhalle)

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Grußworte
3. Beschlussfassung über Tagesordnung
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung
4. Konstituierung des Parteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Wahlkommissionen
 - d) Bestätigung der Antragskommission
5. Referat: **Garrelt Duin**, SPD Landesvorsitzender anschließend Aussprache
6. Berichterstattung des Vorstandes, der Revisoren und der Arbeitsgemeinschaften anschließend Aussprache
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Entlastung des Bezirksvorstandes
9. Antragsberatung
10. Satzungsänderungen
11. Neuwahlen
12. Schlusswort des Vorsitzenden

Die Zukunft ist regenerativ



Windbewegte Weser-Ems bei Enercon mit Alois Wöbben und Hans-Dieter Haase (Bildmitte)

Photo: hrstrang

Die Landtagsgruppe Weser-Ems der SPD hat sich bei einem Besuch der Firma Enercon für den flächendeckenden Bau von Windanlagen ausgesprochen. Der in Aurich ansässige Betrieb ist Marktführer in Deutschland und weltweit der drittgrößte Hersteller von Windanlagen. Für die Region Weser-Ems ist der Anlagenbau mittlerweile eine nicht wegzudenkende wirtschaftliche Größe. Windkraft, so Enercon-Chef Alois Wöbben, sichert nicht nur in Aurich qualifizierte Arbeits-

plätze, sondern auch in Emden. Der dortige Hafen profitiert vom Enercon-Exportgeschäft, denn Windanlagen aus Aurich werden inzwischen in 31 Länder geliefert.

Der Sprecher der Weser-Ems Abgeordneten, Hans-Dieter Haase, sicherte Enercon weitere Unterstützung zu: »Wir müssen noch stärker auf regenerative Energien setzen und werden dafür sorgen, dass ein Ausgleich zwischen Anlagenbetreibern und Kommunen gefunden werden kann.« ■

vorwärts: RÄTSEL

Als er 1989 einen Satz ausspricht, der mittlerweile allgemein gebräuchlich ist, ahnt er vielleicht, dass seine und die Zeit seines Imperiums schon fast abgelaufen ist. Er ist seit vier Jahren ist er der mächtigste Mann im Osten, Generalsekretär des ZK der KPdSU, aber in der vergleichsweise kurzen Zeit hat er die Verhältnisse in seinem Machtbereich zum Tanzen gebracht.

Als er 1985, für viele im Westen überraschend, zum Generalsekretär gewählt wird, macht er sich im Wodka-Paradies zunächst einmal unbeliebt. Der Alkoholausschank in der UdSSR wird drastisch eingeschränkt, selbst hochrangige Ereignisse werden mit Mineralwasser begossen.

Einschneidender als die vorübergehende Verknappung hochprozentiger Getränke wirkt sich seine Auffassung von politischem Handeln aus. In einer Gesellschaft, die gewohnt ist mit Entscheidungen zu leben, die hinter hohen Mauern und geschlossenen Türen getroffen waren, setzt er auf Öffentlichkeit und Umgestaltung.

Selbst stalinistisch geprägte Mitglieder der Nomenklatura können dem Nichts entgegensetzen. Sie müssen zusehen, wie ihr Imperium an den Rändern bröckelt, haben keine Lösung für ihr Vietnam in Afghanistan und keine Rezepte gegen die Krankheiten ihres Systems. Die hat der neue General zwar auch nicht so recht, aber er versucht eine Rosskur und scheitert. Das Sowjet-Imperium ist nicht zu retten.

Wenige Wochen, nachdem er in der Hauptstadt der DDR seinen historischen Leitsatz verkündet hat, nehmen die Menschen dort die Umgestaltung in die eigenen Hände und öffnen die Mauern. Geboren wurde der gesuchte Öffentlichkeitsarbeiter am 2. März 1931. Wer war's? Zu gewinnen gibt es ein T-Shirt. ■ lopo

vorwärts

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

DER SPD-LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN SUCHT ZUM 1. MAI 2006 EINE

FACHKRAFT FÜR BÜROKOMMUNIKATION

IN VOLLZEIT FÜR DIE LANDESGESCHÄFTSSTELLE IN HANNOVER.

In dieser Position sind Sie mit allen in einem Sekretariat anfallenden Aufgaben betraut, sowohl für den Geschäftsführer als auch die Referentinnen und Referenten. Sie sind erste Kontaktperson des Landesverbandes für unsere vielfältigen Ansprechpartner in den Gliederungen der Partei und der Öffentlichkeit.

Es wird

- eine hohe kommunikative Kompetenz und Freude am Umgang mit Menschen
- politisches Interesse
- Flexibilität und Belastungsfähigkeit erwartet.

VORRAUSSETZUNG FÜR DIE EINSTELLUNG SIND:

- eine qualifizierte Berufsausbildung mit Verwaltungs- oder kaufmännischen Erfahrungen
- Kenntnisse von Büro- und Veranstaltungsorganisation
- sicherer Umgang mit MS-Office Produkten
- die Fähigkeit, eigenverantwortlich zu arbeiten.

Die Identifikation mit den Werten und Zielen der SPD wird vorausgesetzt.

Für das interessante und abwechslungsreiche Aufgabenfeld ist eine leistungsgerechte Bezahlung nach unserem Gehaltstarifvertrag vorgesehen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Sind Sie interessiert? Dann erbitten wir Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bis zum 3. April 2006 an:

Dr. Frank Wilhelmy
SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Freie Stellen

Die SPD im Landkreis Stade sucht eine Kandidatin oder einen Kandidaten für das Amt des Landrates oder der Landrätin. Die Wahl findet am 10. September 2006 statt. Eine mögliche Stichwahl ist für den 24. September 2006 vorgesehen. Die Bewerbung ist zu richten an: SPD-UB Stade, c/o Heino Baumgarten, Postfach 3140, 21670 Stade. Heino Baumgarten steht für Rückfragen zur Verfügung: 04141/952710 oder

heino.baumgarten@spd.de

Die Sozialdemokratische Partei in der Stadt Weener (Ostfriesland) sucht eine geeignete Persönlichkeit die Stelle der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters zu besetzen. Die Wahl findet am 10. September 2006 statt. Eine mögliche Stichwahl ist für den 24. September 2006 vorgesehen. Die Bewerbung ist zu richten an: SPD-Ortsvereine in der Stadt Weener – Bürgermeisterwahl – Postfach 428, 26826 Weener

Ausführliche Stellenbeschreibungen gibt es bei den angegebenen Adressen.

vorwärts: kulturgut

»Die Gerechten symbolisieren die Humanität der Menschen - die Essenz der Vorstellung, dass jeder Mensch die freie Wahl hat, sich im Angesicht des Bösen für das Gute zu entscheiden«, schreibt der Vorsitzende des Yad Vashem Vorstandes, Avner Shalev, im Vorwort zu einem Lexikon, das, wäre es auf Polen zugeschnitten, 5874 Personeneinträge haben müsste: Das »Lexikon der Gerechten unter den Völkern«.

Dieses Lexikon ist jedoch für Deutschland und Österreich herausgegeben worden, und da sind bis zum 1. Januar 2005 ganze 410 Deutsche und noch weniger Österreicher als »Gerechte unter den Völkern« anerkannt worden, Menschen deren Taten »vor dem Hintergrund der moralischen Finsternis bewertet werden müssen, in der sich die deutsche Gesellschaft unter Hitler befand«.

Was waren das für Deutsche? »Normale Deutsche« im wahrsten Sinne des Wortes, heißt es im Lexikon. Das

hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck, denn es waren schließlich auch »ganz normale Männer«, die hinter den Fronten morde-



Hedwig Gehrke Photo: privat

ten. Nein, es waren keine normalen Menschen, sondern Menschen, die den staatlich verordneten Normen des Völkermordes trotzen nach der biblischen Devise »Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt«.

Es waren kleine Welten, und die erwählten Gerechten waren bis auf wenige Ausnahmen Menschen, die

nicht nach Ruhm oder Ehre trachteten, Menschen wie Konrat Ziegler, einen Göttinger Professor, der schon im Mai 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit in den Ruhestand versetzt wurde. Ziegler sorgte dafür,



Meta Kamp-Steinmann

Photo: privat

dass sein Göttinger Kollege Kurt Latte Anfang 1945 untertauchen konnte und überlebte.

Neben Konrat Ziegler ist im »Lexikon der Gerechten unter den Völkern« noch Fritz Heine als niedersächsischer Sozialdemokrat aufgeführt. Im von Hitler-Deutschland geduldeten Vichy-Frankreich half Heine

vielen Juden zur Flucht, bis er selbst nach England fliehen musste. Nach der Zerschlagung des Faschismus war der Hannoveraner Fritz Heine Mitglied des SPD-Parteivorstands.

Erst nach Drucklegung dieses wichtigen Lexikons sind die beiden Göttinger Genossinnen Hedwig Gehrke und Meta Kamp-Steinmann als Gerechte unter den Völkern anerkannt worden. Ihr Leben war nach den Erkenntnissen der Göttinger Landtagsabgeordneten Gabriele Andretta wenig auffällig, bis auf einen Punkt: »Diese beiden Frauen blieben der Humanität verpflichtet und handelten menschlich, indem sie wenigstens eine deutsche Jüdin, Marianne Strauss-Ellebogen vor dem Tod retteten.«

Das »Lexikon der Gerechten unter den Völkern« dokumentiert auf 387 Seiten »Zeugnisse von persönlicher Courage, von Ethik und von der Bewahrung menschlicher Werte«. Erschienen ist es im Göttinger Wallstein-Verlag zum Preis von 24,00 Euro. ■

auswärts:

Unser zweitliebster Gegenüber Friedbert Pflüger hat es nun sogar ins Feuilleton der FAZ geschafft. Der NIEDERSACHSEN-vorwärts zitiert gerne aus einem Anbahnungsgespräch zwischen Pflüger und Sabine Christiansen. »Lassen Sie mich offen sein, Herr Pflüger. Ich brauche zum jetzigen Zeitpunkt einen, der sich zu beiden Themen positionieren könnte, und das auch eher entschieden mittig. Die Leute für die Pros und Contras hat meine Redaktion schon zusammen, was uns noch fehlt, ist der Mittige. Und der Mittige, da hängt zuviel dran, ist bei mir Chefsache.« »Also deshalb sind sie jetzt auch selber dran.« »Ja deshalb. Pro und Contra ist immer 'ne klare Nummer, wissen Sie, da hat meine Redaktion den Bogen raus. Aber wenn die Kiste in der Mitte flau wird, kippt die ganze Sendung. Es hängt einfach zuviel dran.« »Verstehe, und da dachten Sie an...« »Ja, da dachte ich ganz persönlich an Sie. Keiner wechselt mitten im reißenden Redestrom die Pferde so bedeutungsschwer wie Sie.« ■ wuff